

# Zu lasche Selbstkontrolle?

34

**ARD und ZDF wollen ihre digitalen Angebote vor der Markteinführung zukünftig selbst prüfen. Der sogenannte Drei-Stufen-Test soll klären, ob neue Formate dem Programmauftrag entsprechen und dem Wettbewerb der Privaten nicht schaden. Ist dieser Test ein wirksames Instrument? Nachgefragt bei Robin Meyer-Lucht vom Berlin Institute.**

**Woher stammt das Konzept für den Drei-Stufen-Test?**

Bekannt geworden ist es durch ein Manifest der BBC aus dem Jahre 2004, das sich Building Public Value nennt. Das Aufsichtsorgan BBC Trust legt zu jedem neuen Programmvorhaben zwei Gutachten vor: In einem wird der öffentliche Wert des Angebots beschrieben, das andere ermittelt die Auswirkungen auf den Wettbewerb. Die EU-Kommission hat in einem Schreiben an die Bundesregierung nach etwa diesem Vorbild einen nun auch in Deutschland anzuwendenden Test gefordert. Weil die Rundfunkanstalten hierzulande eine deutlich niedriger angelegte Prüfung wünschen als die Briten, benutzen sie den Begriff Drei-Stufen-Test.

**Inwiefern niedriger?**

Nach Vorstellungen von ARD und ZDF soll der Test auch ohne externe Gutachten und ohne verbindliche Anhörung der Privatwirtschaft stattfinden können.

**Was halten Sie von diesem Modell?**

ARD und ZDF sträuben sich leider gegen den Geist des Public-Value-Ansatzes, der auf radikale Transparenz und den kennzahlengetriebenen Nachweis des gesellschaftlichen Mehrwerts einer Organisation setzt. Auch wenn das in Deutschland manche bezweifeln mögen und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als reines Kulturgut sehen: Auch dessen Programmleistung als wirtschaftlicher Wert ist messbar. Sonst wäre es gar nicht möglich, ihn effektiv zu managen. Und das würde letztlich seine Legitimation untergraben.

Das Mehr an gesellschaftlicher Rechenschaftspflicht aber wird von den deutschen Rundfunkanstalten als Mehr an staatlicher Aufsicht interpretiert. Mit dem Argument der Rund-

funkfreiheit wehren sie sich nun dagegen. Konkret lehnen die Anstalten nämlich mit ihren Modellen eine zwingende Verankerung von externen Gutachten und Anhörungsrecht der betroffenen privatwirtschaftlichen Unternehmen in dem Verfahren ab. So wollen sie die Autonomie der Rundfunkräte stärken. Damit gehen aber meiner Meinung nach Transparenz und Professionalität verloren.

**Ist der Test nicht auch eine Chance für ARD und ZDF?**

Auf jeden Fall. Ich bin ein glühender Anhänger des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als normenbewusstes Kontrastprogramm. Die deutschen Anstalten könnten den Public-Value-Geist der BBC aufnehmen und ihn als Chance für eine transparente Diskussion um Programm und Programmauftrag nutzen. Doch diese progressiven Kräfte setzen sich bislang in den Rundfunkanstalten nicht durch. Es scheint dagegen eher die Sorge zu dominieren, mit einem neuen Regulierungsregime Teile des Sieben-Milliarden-Euro-Gebührentopfs zu verlieren.

**Wie könnte mehr Transparenz bei den Öffentlich-Rechtlichen aussehen?**

Es gibt bis heute keine öffentliche Studie der ARD über die Qualität ihrer Online-Angebote. Der erste Schritt zu einem verstärkten öffentlich-rechtlichen Online-Engagement sollte die offene Betrachtung dessen sein, was die öffentlich-rechtlichen Anstalten bis heute für rund 60 Millionen Euro Gebührenmittel pro Jahr an Mehrwert im Netz bieten. Solche Ansätze im Sinne des Public Value liegen aber nicht vor.

**Bei den Anstalten sind Rundfunk- oder Fernsehrat für den Drei-Stufen-Test zuständig.**

## Nachgefragt:

**Dr. Robin Meyer-Lucht** betreibt das Berlin Institute, einen Thinktank für Strategien im digitalen Medienwandel. Demnächst erscheint seine Studie „Das öffentlich-rechtliche Internet der nächsten Generation“ bei der Friedrich-Ebert-Stiftung.

**Sind diese Gremien überhaupt für diese Aufgabe geeignet?**

Die Erfahrungen mit den Rundfunkräten mahnen zu einer gewissen Skepsis, ob sie zu einem unabhängigen Urteil – auch zum Nachteil „ihrer“ Intendanten – in der Lage sind. Das sagt aber nicht, dass die Rundfunkräte mit ihren zukünftig gestärkten Kompetenzen nicht auch zu neuen Stärken finden könnten. Ein besseres Gremium haben wir vorerst nicht.

**Wäre eine Lösung nach britischem Modell, mit einem unabhängigen Kontrollorgan, besser gewesen?**

Der BBC Trust ist eine Art Aufsichtsrat, den die Regierung mit der Aufsicht über die BBC beauftragt hat. Dabei verhindern verschiedene Mechanismen, dass der direkte Zugriff der Parteien zu hoch ist. Ich halte das für eine transparente und sehr professionelle Lösung. Hierzulande lehnen dies die Rundfunkanstalten mit dem Hinweis auf die verfassungspolitisch gebotene Staatsferne jedoch ab. Das ist einerseits richtig. Andererseits müssen wir überlegen, wie man etwas Vergleichbares aber staatsfern in Deutschland schaffen könnte. Das derzeitige Paradigma der Rundfunkfreiheit jedenfalls, das die Anstalten weitgehend sich selbst überlässt, erscheint überholt.

**Ist unter diesen Voraussetzungen der Drei-Stufen-Test in der jetzigen Form zum Scheitern verurteilt?**

Wir sollten abwarten, was die Verhandlungen bringen. Bis zum Sommer dieses Jahres laufen die Beratungen zum elften Rundfunkstaatsvertrag, in dem auch der Drei-Stufen-Test verankert sein wird. Derzeit treten öffentlich-rechtliche Anstalten wie Privatwirtschaft natürlich mit Maximalforderungen auf, um



möglichst viel herauszuholen. An einer rundfunkpolitischen Farce haben aber auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten kein Interesse.

**Wird die Selbstkontrolle am Ende darauf hinauslaufen, dass kaum ein öffentlich-rechtliches Projekt am Drei-Stufen-Test scheitert?**

Zunächst einmal ist doch beachtlich, mit wem die öffentlich-rechtlichen Anstalten über den Drei-Stufen-Test sprechen: mit der Medienpolitik. Konkret mit den Staatskanzleien, nicht mit dem Gebührenzahler und nicht mit den Multiplikatoren einer breiteren medienpolitischen Öffentlichkeit.

Ganz unabhängig von juristischen Details um den Drei-Stufen-Test brauchen wir die Diskussion um eine verstärkte Public-Value-Orientierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seines Programmauftrags in der digitalen Kommunikationsgesellschaft. Sollte der Test in Form eines medienpolitischen Deckmäntelchens zu durchlässig sein, wird es einen Streit mit der EU-Kommission geben.

● Interview: THOMAS MRAZEK

Thomas Mrazek arbeitet als Journalist und Dozent in München.